



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	13.01.2011	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 27.10.2010 bez. Kürzungen im Bereich der ARGE Köln (AN/1984/2010)

Wortlaut der Anfrage:

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für die Jahre 2010/2011 wurden aufgrund der desolaten Haushaltslage der Stadt diverse Kürzungen im Sozialbereich – im Bereich der ARGE z. B. in deren Verwaltungshaushalt sowie bezüglich des Eingliederungstitels – angekündigt und diskutiert.

Die CDU-Fraktion bittet vor diesem Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch war der Verwaltungshaushalt der ARGE in den Jahren von 2005 bis zu den Planwerten 2011 insgesamt? Und war/ist dieser aus Sicht der Verwaltung auskömmlich ausgestattet?
2. In welcher Höhe wurden hierbei für die Jahre 2005 bis Plan 2011 Mittel aus dem Eingliederungstitel (also die zur Integration der Langzeitarbeitslosen vorgesehenen Mittel) in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet? (Bitte Darstellung dieser Zahlen in absoluten €-Werten und in % des jeweiligen EGT)
3. In welcher Relation steht der Verwaltungshaushalt in den Jahren 2005 bis zu den Planwerten 2011 zu den zu administrierenden passiven Leistungen?
4. Welche Anstrengungen hat die Geschäftsführung der ARGE unternommen, um im Verwaltungsbereich Effizienzsteigerungen und Einsparungen zu realisieren? (Bitte Darstellung der fünf erfolgreichsten Maßnahmen)

5. Welche Teilbereiche der Aufgaben aus dem Verwaltungshaushalt werden von externen Dienstleistern erbracht und welche zusätzlichen Aufgaben können im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips oder der Vergabe von weiteren Dienstleistern erledigt werden?

Antwort der Verwaltung:

Zu Frage 1:

Das Verwaltungskostenbudget der ARGE Köln hatte in den Jahren 2005 – 2011 (für 2010 und 2011 nur Planwerte) folgende Höhe:

Haushaltsjahr	Rechnungsergebnis bzw. Planungsbetrag / Euro
2005	46.977.049
2006	59.419.500
2007	72.469.734
2008	76.441.192
2009	80.746.369
2010	90.000.000
2011	88.000.000

Die vom Bund zugewiesenen Finanzmittel waren in der Höhe für das Verwaltungskostenbudget bis auf das Jahr 2005 grundsätzlich nicht ausreichend. Neben den Bundeszuweisungen und dem Kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) waren ergänzend zur Finanzierung der Deckungslücke Zuweisungen aus dem Eingliederungsbudget erforderlich (siehe Antwort zu Frage 2).

Zu Frage 2:

Die Höhe der Eingliederungsbudgets aus den Jahren 2006 – 2011 (für 2010 und 2011 nur Planungswert) und der Finanzierungsanteile aus den Eingliederungsbudgets zur Deckung des Bedarfs in den Verwaltungskostenbudgets kann aus der nachfolgenden Übersicht ersehen werden. Von der Angabe des im Jahr 2005 umgeschichteten Finanzierungsanteils wurde abgesehen, da im ersten Jahr der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung noch zahlreiche Zahlungen unmittelbar über den jeweiligen Träger erfolgten (Agentur für Arbeit Köln oder Stadt Köln) und erst ab 2006 von einer eigenständigen Haushaltsführung ausgegangen werden kann.

Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	2009	2010 (erwartet)	2011 (erwartet)
Gesamtzuteilung EGT *	94.011.342	75.308.990	91.101.345	108.322.554	109.497.591	115.895.187	79.044.117
Umschichtung in das VKB	0	6.146.000	11.860.000	16.517.000	9.813.272	7.680.000	12.000.000
Gesamtbudget Kap. 1112	94.011.342	69.162.990	79.241.345	91.805.554	99.684.319	108.215.187	67.044.117
Quote Umschichtung	0,0%	-8,2 %	-13,0 %	-15,2 %	-9,0 %	-6,6 %	-15,2 %
* inkl. Einnahmen aus dem Forderungseinzug							

Zu Frage 3:

Die Gesamtausgaben in den Verwaltungskostenbudgets (VKB) verhielten sich in den Jahren 2005 – 2011 zu den verausgabten sog. passiven Leistungen wie folgt:

Jahr	Verwaltungskostenbudget Euro	Passive Leistungen Euro
2005	46.977.049	276.198.000

2006	59.419.500	297.322.190
2007	72.469.734	291.546.763
2008	76.441.192	283.539.396
2009	80.746.369	285.073.163
2010	90.000.000	(lt. Planung) 288.348.133
2011	88.000.000	(lt. Planung) 277.746.460

Dabei ist zu beachten, dass der Verwaltungshaushalt nicht alleine in Relation zu den passiven Leistungen, sondern auch zu den weiteren Leistungen der ARGE Köln gesehen werden muss. So konnte unter anderem durch verschiedene Prozessoptimierungen wie z. B. die Einführung des Kundenkontaktkonzeptes und des Absolventenmanagements die Integrationsquote gesteigert werden.

Auch die Kundenzufriedenheit hat sich durch einen effizienten Rückstandsabbau und eine stetige Verbesserung der Arbeitsabläufe stark gesteigert.

Dies zeigt, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen im Zuge der Umstrukturierungen alle AR-GE-Mitarbeiter/innen bestrebt sind, gute Ergebnisse zu erzielen, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und damit zum sozialen Frieden in dieser Stadt beizutragen.

Zu Frage 4:

Aufgrund der enormen Einschnitte im EGT hat die ARGE Köln alle Positionen des Verwaltungskostenbudgets auf den Prüfstand gestellt, damit die notwendige Umbuchung so gering wie möglich ausfällt. Dabei ist zu beachten, dass die Mittelzuweisungen für das Verwaltungskostenbudget auch seitens des Bundes um ca. 9 % gekürzt wurden und sich entsprechend der kommunale Anteil (KFA) reduziert.

Nachfolgend werden die fünf wichtigsten Sparmaßnahmen aufgeführt:

1. Personal:

Alle Bereiche der ARGE (operativ und zentral) wurden aufgefordert, Kompensierungsmöglichkeiten darzustellen. Dabei ist es gelungen, trotz notwendiger Zusetzungen aufgrund einer Organisationsuntersuchung des städtischen Organisationsamtes im Leistungsbereich, den Kostenplan für 2011 zu reduzieren und damit Personalkosten von ca. 3.500.000 € einzusparen. Beispielhaft ist hier die Erhöhung der Leitungsspannen in den Integrations- und Leistungsteams und damit verbunden die Einsparung von 11 Teamleiterstellen zu nennen.

2. ServiceCenter:

Aus Kostenüberlegungen hat sich die ARGE dazu entschieden, das eigene ServiceCenter zum 31.12.2010 zu schließen und ab 01.01.2011 die Leistung über die Bundesagentur für Arbeit einzukaufen. Hierdurch können ca. 1.000.000 € eingespart werden.

3. Interne Aus- und Fortbildung:

Aus Kostengründen musste hier der Haushaltsansatz von 300.000 € auf 150.000 € reduziert werden.

4. Digitale Dienstkarte:

Die digitale Dienstkarte hätte u. a. allen Mitarbeitern/innen die Möglichkeit gegeben, sich am Arbeitsplatz über die Rechner einzuloggen. Die Einführung der digitalen Dienstkarte ist mit Kosten von ca. 50.000 € verbunden. Aus Kostengründen wurde auf die Einführung verzichtet.

5. Renovierungen und Büromaterial:

Aus Kostengründen werden notwendige Renovierungen in der ARGE zurück gestellt. Die Anschaffung von Büromaterial wird hinten angestellt und zu einem späteren Zeitpunkt angeschafft.

Die fünf beispielhaften Punkte zeigen, welche Anstrengungen die ARGE im Bereich der Verwal-

tungskosten unternommen hat. Trotz notwendiger Tarifsteigerungen und höherer Kosten beim Einkauf interner Dienstleistungen konnte der Ansatz im Verwaltungskostenbudget für 2011 auf 88.000.000 € im Vergleich zu 2010 um 2.000.000 € reduziert werden.

Zu Frage 5:

Derzeit werden von einem externen Dritten (Pro Arbeit Michaelshoven gGmbH) ärztliche und psychologische Gutachten zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit der SGB II-Kunden/innen erstellt. Daneben hat die ARGE sich (wie bereits zu Frage 4 beschrieben), von einem eigenen ServiceCenter getrennt und die Dienstleistung eingekauft. Sowohl bei den laufenden als auch bei den künftig anstehenden Aufgaben wird regelmäßig geprüft, ob die Aufgaben bei vorgegebenem qualitativen Anspruch – unter Wahrung des Datenschutzes - kostengünstiger auf externe Dritte übertragen werden können. Soweit derartige Möglichkeiten bestehen, werden sie von Seiten der Verwaltung auch genutzt.

gez. Reker